**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

**Herausgeber:** Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

**Band:** 175 (1997)

**Artikel:** Zwischen Isolation und Integration : Geschichte der Katholischen Volkspartei Basel-Stadt 1870-1914

**Autor:** Meier-Kern, Paul

**Kapitel:** B.: Der Katholikenverein im Kulturkampf 1870-1884

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-1006836

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 07.08.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# B. Der Katholikenverein im Kulturkampf 1870–1884

Unter dem Begriff «Kulturkampf» (der Ausdruck wurde erst 1873 geprägt) versteht man die Auseinandersetzung des liberalen Staates mit der durch Syllabus und Unfehlbarkeitsdogma geprägten katholischen Kirche nach 1870, vor allem in Preussen.

In der Schweiz entzündete sich der Konflikt an der Ausweisung des Genfer Stadtpfarrers Mermillod (er wurde später Kardinal) wegen der geplanten Errichtung eines Bistums Genf und an der von Bischof Lachat (Bistum Basel) geforderten Anerkennung des neues Dogmas, was seine Absetzung zur Folge hatte und auch in der Schweiz zur Gründung der christkatholischen Kirche führte.

Auswirkungen zeigten sich in der revidierten Bundesverfassung von 1874: Sie enthielt die «Kulturkampfartikel» (Ausdehnung des Jesuitenverbots, Verbot der Klöstererrichtung, Verbot neuer Bistümer) und die Einführung der Zivilehe.

In Basel spürte man unmittelbar nach 1870, vielleicht mit Ausnahme an der Fasnacht, wenig vom Kulturkampf. Auch in den Protokollen des KV ist nichts zu finden. Überhaupt ist über die Tätigkeit des Vereins bis 1872 wenig zu erfahren.

Offenbar bestand für die Lektüre der abonnierten Blätter kein Bedürfnis mehr, so dass beschlossen wurde, sie abzubestellen, «da dieselben doch nicht gelesen würden»[35]. Allerdings stellte schon 1872 Dr. Siegrist den Antrag, «einige zeitgemässe Zeitungen» aufzulegen. So wurden nun bestellt

1. Die katholische Bewegung
2. Die Stimmen von Maria Laach
3. Historisch-politische Blätter (von Josef Görres begründet, verbreiten sie ultramontanes Gedankengut)[36]
4. Die Bremse.

Auch die Vortragstätigkeit wurde fortgesetzt. Es referierten Oberlehrer Nonnenmacher, Pfarrer Jurt, Gottfried Hediger und der bedeutende katholische Volksschriftsteller Alban Stolz («Über die Zweckmässigkeit der kath. Vereine»). Gewöhnlich traf man sich in der «Krone» oder im Café «Girard».

Schmerzlich vermisste man ein eigenes Vereinshaus; seine Errichtung wurde aber ins Auge gefasst; als Grundstock wurden Aktien à zwanzig Franken ausgegeben.

Ende 1872 erfasste die konfessionelle Auseinandersetzung auch den KV, dessen Protokollbuch einem Zusammenstoss mit der Gruppierung der freisinnigen Katholiken breiten Raum einräumt[37].

Es waren dies jene Katholiken, welche sich dem Unfehlbarkeitsdogma nicht zu unterwerfen gedachten und die deswegen von den freisinnigen Reformierten und von den Radikalen lebhaft unterstützt wurden. Diese Gruppe lud auf den 29. November 1872

zu einer Versammlung ins Café Girard ein, in der Meinung, es werde «der Grosszahl der hiesigen Katholiken gelegen sein, sich einmal über die gegenwärtigen kirchlichen Fragen zu besprechen». Auch wollten sie sich bei dieser Gelegenheit besser organisieren und Delegierte zur Altkatholiken-Versammlung vom 1. Dezember in Olten wählen. In diese Versammlung drängten sich nun auch viele Mitglieder des KV sowie weitere papsttreue Katholiken, so dass keine Beschlüsse gefasst werden konnten. Dies zwang die «Neuprotestanten», wie sie später vom Basler Volksblatt auch tituliert wurden, in ein anderes Lokal zu dislozieren. Die Zurückbleibenden brachten ein Hoch auf den aus Solothurn vertriebenen Bischof Lachat aus, und gleichzeitig wirkte die Versammlung als Werbeanlass, der dem KV über hundert neue Mitglieder brachte. So betrug die Mitgliederzahl 1873 schon 410[38].

In die Auseinandersetzungen mit den Altkatholiken schaltete sich ab September 1873 auch die neugegründete Zeitung der Basler Katholiken ein.

### *5. Das Basler Volksblatt*[39]

Die Geburt des «Basler Volksblatts» (BV) geht zurück auf den vielbeachteten «Tag von Arlesheim»: Dort fand am Sonntag, dem 20. April 1873, eine von mehreren tausend Bürgern besuchte Tagung statt, welche im Birseck den Boden für den Altkatholizismus bereiten sollte. Neben dem bekannten radikalen Kämpfer Augustin Keller trat auch Niklaus Feigenwinter, der älteste Bruder von Ernst Feigenwinter, dem späteren Führer der Basler Katholiken, als Redner auf. Ins Publikum hatte sich aber auch eine grosse Zahl Papsttreuer gemischt, so dass es trotz der Bewachung durch drei Kompagnien Baselbieter Truppen zu einer Gegendemonstration kam, wobei sich der zwanzigjährige Ernst Feigenwinter besonders hervortat mit Zwischenrufen. «Es begann die ultramontane Rotte einen solchen Lärm, dass es unmöglich war, weiterzufahren... Erst als die Truppen Ernst machten und vier der lautesten Schreier an den Schatten setzten, konnten die Verhandlungen ungestört zu Ende geführt werden.»[40] Beim Rückmarsch in die Stadt machten die Basler Katholiken bei einem Feldkreuz auf dem Reinacher Felde halt. Dort hielten Peter Leuthardt und Ernst Feigenwinter kurze Ansprachen, worauf die Männer einmütig beschlossen, eine katholische Tageszeitung herauszugeben[41].

Peter Leuthardt (1834–1892) war bis 1885 die Seele des Unternehmens[42]. Gebürtig von Arlesheim, war er in Basel als Schuhmachermeister tätig. Sein Gesuch, Basler Bürger zu werden, wurde an die für ihn unannehmbare Bedingung geknüpft, seine Kinder protestantisch zu erziehen. Erst 1867, als sich allmählich Toleranz durchsetzte, wurde er Basler und Mitglied der Schuhmacherzunft. 1879 wurde er dort Vorgesetzter und später Zunftschreiber. Er erkannte als einer der ersten die Bedrohung seines Berufsstandes durch die Grossindustrie[43]. In den gleichen sechziger Jahren war Leuthardt ein Gefolgsmann Wilhelm Kleins, der sich gerne des aufgeschlossenen Mannes bedient hätte, um die Katholiken auf die Seite der Freisinnigen zu ziehen. Doch als nach 1870 «die Herren

Klein und Brenner, Falkner und Consorten die grossen Blasebalgtreter des Kulturkampfes wurden, da war für Leuthardt die Sache entschieden»[43a]. Im Café Girard war er der Wortführer der Katholiken. Er wurde zum Herausgeber und Drucker des BV.

Um 1873 gab es bereits vier Zeitungen in Basel: die Basler Nachrichten (BN), mit u.a. F.A. Stocker, einem der Führer der Altkatholiken, als Redaktor, den Schweiz. Volksfreund (SVF), redigiert von Wilhelm Klein, ein «radikales, oft leidenschaftliches, der Regierung abgeneigtes Oppositionsblatt»[44], ferner die deutschfreundliche Schweizerische Grenzpost sowie die erst seit 1873 erscheinende konservative Allgemeine Schweizer Zeitung. Gegen diese Konkurrenz galt es nun, sich zu behaupten. Das BV, welches sich nicht nur an Leser in Basel, sondern auch im Birseck und im Fricktal wandte, stand natürlich voll auf katholischer Grundlage, d.h. treu zum Papst und zu den Bischöfen, und so wollte es «über die öffentlichen Angelegenheiten und Ereignisse berichten, gemeinschädlichen Irrtümern, Lügen und Bosheiten entgegentreten, in einfach würdiger Haltung». «Das Volksblatt will sich auf das lebhafteste bei der Beweisleistung beteiligen, dass, wer das himmlische Vaterland über alles stellt, zugleich die Pflicht gegen das irdische so erfüllt wie kein anderer besser.»[45]

Als ersten Redaktor berief man den ehemaligen Baselbieter Staatsanwalt und früheren Redaktor des «Demokrat aus Baselland», Caspar Alois Bruhin. Dieser hatte eine bewegte Vergangenheit hinter sich, bevor er nach 1870 wieder in den Schoss der Kirche zurückkehrte. Nach politischer Tätigkeit im Kanton Baselland wurde er Präsident des Basler IAV, des Internationalen Arbeiter-Vereins, und als solcher wurde er Vizepräsident des 4. Internat. Kongresses der 1. Internationale in Basel. Bruhin befand sich demzufolge ganz im linken, sozialistischen Spektrum, und das nur vier Jahre, bevor er BV-Redaktor wurde. Was führte den knapp Fünfzigjährigen wohl ins katholisch-konservative Lager? Wir wissen es nicht[46].

Am 20. September 1873 erschien als erstes eine Probenummer mit dem Leitartikel «Den Frieden zum Grusse». Darin wurde zuerst die katholische Rechtsauffassung definiert, nach welcher nicht das Recht des Stärkeren gilt, sondern das Naturrecht, das sich aus der Vernunft, und das göttliche Recht, das sich aus der Offenbarung ableiten lässt. Heute gelte statt dessen ein falsch verstandener Freiheitsbegriff, der den Staat zu einem Götzen erhebe. Uns werde das Recht des je Stärkeren auferlegt. «Man zwingt uns das Schwert der Verteidigung in die Hand!... Denn Kampf gegen Gott ist dieser grosse Geisterkrieg!» Unter «Eidgenossenschaft» folgt eine Analyse der geplanten Änderungen der Bundesverfassung, besonders im Hinblick auf Kirche und Orden. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, dass die protestantischen Miteidgenossen, «unterstützt von abtrünnigen Katholiken, ihr Übergewicht nicht missbrauchen, um die heiligsten Rechte der Katholiken und ihrer Kirche niederzutreten». Unter «Basel»: Appell an die Toleranz; es solle nicht ständig wieder behauptet werden, «wir Katholiken seien schlechte Bürger, ja Vaterlandslose und Vaterlandsverräter». Als Gegenbeweis dienten die Taten der «ultramontanen Heldenväter» von St. Jakob. Es folgen Angriffe gegen die BN und besonders gegen den SVF: «Dem Volksfreund ist es ganz erbärmlich öd ums liberale

Herz, dass in die hiesige, von vortrefflichen Seelsorgern bediente Gemeinde keine altkatholische Bresche zu schiessen ist.» Der Freisinn und der Altkatholizismus, «dieser Säugling der Amme Bismarck», sollten nun für geraume Zeit die bevorzugten Zielscheiben der Angriffe des BV werden, wobei man auch vor persönlichen Verunglimpfungen z.B. der altkatholischen Bischöfe Reinkens und Herzog nicht zurückschreckte. Der scharfe, spitze, hämische, ja beleidigende Ton, in welchem diese Kampfartikel verfasst wurden, lässt sich durch viele Jahrgänge des BV verfolgen.

Nun, die Gegner standen in ihren Erwiderungen in nichts zurück. Am 30. September 1873 kommentierte der SVF das Erscheinen des BV unter dem Titel «Eine neue ultramontane Bescherung» und bedachte die unliebsame Konkurrenz mit Ausdrücken wie «Wechselbalg», «Giftpflanze», «Fasler Balgsblatt». Die Konstitution des Säuglings sei «grundverdorben, schimmlig, modrig und faul». Dahinter stecke eine «pfäffische Schreiber-Clique». Das Blatt sei voll von Lügen, Verleumdungen und Trivialitäten. «Rom ist ihr Vaterland.» «Seit der Fluchbulle der Enzyklika, seit der Infamie des Syllabus, seit der gotteslästerlichen Unfehlbarkeitsposse hat das Papsttum den letzten Rest der Achtung aller Denkenden eingebüsst, und ein Organ, das die Stirne hat, jene modernden, geisttötenden Substanzen dem Volk als Heilsspeise aufzutischen, verdient öffentlich gebrandmarkt zu werden.»

Wahrhaftig, die Jugend des BV war «ausserordentlich bewegt, kummervoll und mühsam», wie im Rückblick zum 25. Jubiläum[47] zu lesen ist. Die Zeitung erschien zuerst nur am Samstag. Gedruckt wurde sie bei Ch. Krüsi am Barfüsserplatz 9, aber schon 1874 richtete P. Leuthardt in einem Hinterstübchen seines Hauses an der Weissen Gasse 12 eine kleine Setzerei ein, wo von 1878 an weibliches Personal aus Freiburg i.Ü. arbeitete.

Auf Bruhin folgte von 1879 bis 1885 als Redaktor Ernst Feigenwinter, der schon vorher als Birsecker Korrespondent und als Basler Berichterstatter mitgearbeitet hatte. Er sollte bald mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. «Gestern habe ich hier in Basel mit den Vorstehern der kath. Gemeinde wieder eine Erfahrung gemacht», schrieb er im Winter 1879 seiner Braut Berta von Blarer[48]. «Denke Dir nämlich, dass man Herrn Leuthardt, seitdem das Blatt an Ansehen etwas gestiegen ist, nun mit Gewalt den Verlag entreissen, die Druckerei in den Pfarrhof nehmen und ein Pfaffenblatt in des Wortes verwegenster Bedeutung daraus machen will. O, der gelbe Neid.»

Für 1881 gibt es eine Kostenberechnung für das Blatt, das nun dreimal wöchentlich erschien. Demnach standen Fr. 16807.60 Ausgaben (der grösste Posten für das Setzen) Fr. 14910.– an Einnahmen gegenüber. Diese bestanden zum grössten Teil aus den Abonnements: 1600 à Fr. 7.60 (im Jahr). So resultierte ein Defizit von fast Fr. 2000.–[49]. Vielleicht deswegen übernahm nun eine Kommission die Zeitung. In dieser Kommission befanden sich neben anderen Nichtbaslern der nachmalige Bischof Leonhard Haas, der spätere Redaktor Kaplan Alphons Lauter und Dr. Caspar Decurtins von Trun (GR). 1884 wurde Flurin Berther, ein Freund von Decurtins, in die Redaktion berufen. Ende 1887 wurde er durch Kaplan Alphons Lauter abgelöst. Weitere Redaktoren waren Caspar Fäh (1893–1900), Friedrich Reinheimer (1900–1903), Franz von Matt (1903–1906),

Dr. Rudolf Niederhauser, der spätere Regierungsrat (1906–1908) und Anton Auf der Maur (1908–1925). Als weiterer Redaktor wirkte von 1905–1946 Joseph Portmann.

Von 1885 an führte die «Gesellschaft von der göttlichen Liebe» in Ilanz den Verlag. Er wurde von acht Schwestern besorgt, von denen fünf das Setzen übernahmen. 1888 wurde das Unternehmen durch die Gründung einer Aktiengesellschaft (Präsident: E. Feigenwinter) abgesichert. 50% der Aktien befanden sich in den katholischen Stammlanden. 1894 erwarb die AG das Haus zum Cratander an der Petersgasse 34, wo die Zeitung nun sowohl gesetzt als auch gedruckt wurde. Erst 1890 war das BV zu einer Tageszeitung geworden.

Um dieselbe Zeit wie das BV erblickten auch andere katholische Zeitungen das Licht der Welt: 1871 das Vaterland (Luzern) und die Liberté (Fribourg), 1875 die Ostschweiz (St. Gallen), allesamt Kinder des Kulturkampfs.

Wenn wir im weiteren Verlauf der Geschichte des KV das BV als sein Sprachrohr betrachten, so hat das seine guten Gründe. Die Initianten des BV waren praktisch alle Vorstandsmitglieder des KV, und der KV unterstützte das junge Blatt mit finanziellen Beiträgen: Eine Kollekte an der Versammlung vom 10. September 1873, an der auch die Gründung einer «Pressegesellschaft» bekanntgegeben wurde, ergab 900 Franken. Ferner wurde beschlossen, dem BV jährlich 300 Franken zuzuwenden. Schliesslich war Ernst Feigenwinter späterer langjähriger Präsident des KV.

Für die Jahre 1875–1877 fehlen leider drei Jahrgänge der Zeitung. Sie sind in keinem Archiv mehr aufzufinden.

### *6. Die Motion Butz*

Am 6. Oktober 1873 wurde im Grossen Rat eine schon im Mai eingereichte Motion des altkatholischen Gipsermeisters Franz Josef Butz begründet. Darin verlangt Butz, «es sei das katholische Kirchen- und Schulwesen in Basel gesetzlich zu regulieren und für die Zukunft unter Aufsicht und Schutz des Staates zu stellen». Butz, der im Namen der freisinnigen Katholiken (wohl F.A. Stocker und Philippi) sprach, richtete schwere Vorwürfe an die Geistlichkeit, «welche die einen in der Finsternis hält, die andern verleumdet und dabei freilich weniger selbst agiert als die Kapuziner und Vicarien agieren lässt – selbst Jesuiten wurden beigezogen». Das Pfarramt missbrauche die Kanzel dazu, «um seine Pfarrkinder im finstern, stockultramontanen Geist zu belehren»[50]. Stocker unterstützte Butz. Das Verhältnis zu den Katholiken sei getrübt seit dem Unfehlbarkeitsdogma, eine Frucht dieser Lehre sei u.a. «die Gründung eines vom römischen Geist durchdrungenen Volksblattes». Die katholische Schule – sie zählte damals beinahe 900 Schülerinnen und Schüler – sei eine Pflanzstätte der Intoleranz. Die Schule gehöre dem Volksstaate, und dieser müsse alles Unrepublikanische und Unpatriotische bekämpfen.

Bürgermeister C.F. Burckhardt als Vertreter der Regierung meinte dazu, das Verhältnis zur RKG sei 1822 geregelt worden. «Eine Kontrolle sei vorhanden gewesen, wenn

auch umso schwerer, je mehr sich die gewährleistete Glaubensfreiheit Geltung verschafft habe. Dem katholischen Pfarramt gibt er das Zeugnis, dass der Verkehr zwischen ihm und der Regierung ein ungetrübter gewesen... Man kann nicht gegen Gesinnungen einschreiten, wie der Anzug uns zumutet, der eine Massreglung einleitet, die bei der Schule nicht stehen bleiben kann... Unpolitisch ist es, die Katholiken so zu erbittern, wie das in der Schweiz so mancherorts der Fall ist... Was insbesondere die Schule betreffe, so stehe es jedermann, also auch den Katholiken, frei, Privatschulen zu errichten.» So Burckhardt gemäss BV vom 11. Oktober 1873. In derselben Nummer findet sich eine ausführliche Erwiderung auf die Anschuldigungen von Butz. Zum Schluss meinte der Verfasser, «dass die (katholische) Schuljugend mindestens doppelt so viel Toleranz gegen Andersgläubige jetzt schon besitzt, als derselbe (der Herr Antragsteller) in seinem Anzuge und dessen Begründung gegen die einen Viertel der hiesigen Bevölkerung ausmachenden Katholiken der römischen Kirche an den Tag zu legen geruht hat».

Der Anzug wurde jedoch mit 80 gegen 13 Stimmen dem Kleinen Rat überwiesen.

Im Anschluss an die Motion Butz organisierte der KV eine Versammlung im grossen Saal des Knabenschulhauses, an der nahezu tausend Männer teilnahmen. Dort wurde eine Petition vorgelegt, welche die Belassung der Eigenverwaltung der RKG sowie der katholischen Schule forderte. Die Petition wurde von 4665 Männern und Frauen unterzeichnet. Der Regierungsrat beauftragte nun das Erziehungskollegium (heute der Erziehungsrat) mit einem Bericht, der im Mai 1874 erstattet wurde und auf Untersuchungen von Schulinspektor Hess beruhte. Der Bericht bejahte grundsätzlich das Existenzrecht einer katholischen Privatschule, gewisse Mängel aber seien zu beheben. Der Regierungsrat beschloss in der Folge, die Pläne zu einer neuen Schulorganisation abzuwarten. Diese Pläne arbeitete niemand anderer als Wilhelm Klein aus, der 1875 als Regierungsrat Vorsteher des Erziehungsdepartements wurde[51].

### *7. Die Bundesverfassung von 1874*

Die Änderungen der Bundesverfassung von 1848, welche von den Radikalen verlangt wurden, sollten auch das BV das folgende halbe Jahr beschäftigen, denn diese Änderungen sahen neue diskriminierende Artikel gegen die katholische Kirche vor: das Verbot von Klöster- und Ordensgründungen und das Verbot der Errichtung neuer Bistümer ohne Bundesgenehmigung. Schon in der KV-Versammlung vom 1. November 1873 wurde Kritik an den Initianten des Bundesverfassungs-Entwurfs geübt, welche «die Preisgebung des selbständigen Lebens... an eine bundesherrliche Allmacht» verlangten. Immer wieder erschienen im BV warnende Artikel gegen den Entwurf. «Der neue Bundesentwurf trägt das Brandmal der Kirchenfeindlichkeit an der Stirne: wie könnte er im Namen Gottes des Allmächtigen, wie es auch in seinem Eingange wieder fast gotteslästerlich heisst, angenommen werden?» «Nehmen wir (den Entwurf, M.) an, so hängt

daran der Untergang der Eidgenossenschaft.» Und mit schwerem Geschütz: «Wir schreiben Nein, weil es unser Gewissen gebietet; weil die Enthaltung oder gar das Ja eine schwere Sünde und ein grosses Verbrechen wären.»[52]

Es waren aber nicht nur religiöse Gründe für die Ablehnung massgebend. Grundsätzlich waren die Katholiken föderalistisch gesinnt: Der Entwurf raube den Kantonen die eigene Wehrkraft, mache sie machtlos «einerseits gegenüber unsittlicher und pestartiger Einwanderung, andererseits gegenüber den Folgen eines entchristlichten, schrankenlosen neuschweizerischen Ehe- oder vielmehr Beihälterwesens. Er bevormundet die Kantone... auf dem Gebiet der Volksschule, um diese zu entchristlichen und gründlich zu verderben. Er nimmt den Kantonen einseitig Eigentum, wie Zoll- und Postentschädigungen, und stellt eine schweizerische Steuer in bestimmte Aussicht... Er stellt auch bereits einheitliche Rechtssprechung in Bestellung eines Bundesgerichts in Aussicht». Doch die Hauptgründe waren im wesentlichen religiöser Natur. Darum schliesst der Artikel im BV mit dem fett gedruckten Aufruf: «Wir schreiben Nein, weil die Annahme unser Vaterland in den Gotteskampf verwickeln und es endlich zum sicheren Untergang führen müsste. Nein! Nein!» Man könnte beinahe vermuten, dass die Gründe zur Ablehnung aus innerschweizerischen Arsenalen stammten. Denn in Basel war ja die Einwanderung der Katholiken besonders prägnant, und, soweit die Neuzuzüger Schweizer waren, brachte ihnen die neue Bundesverfassung das Recht der Mitsprache in Kanton und Gemeinde (Artikel 43). Damit wurde die politische Betätigung für diese Gruppe eigentlich erst interessant.

### *8. Die Altkatholiken*

Es ist an dieser Stelle vielleicht angebracht, die Anfänge der altkatholischen, oder, wie sie sich in der Schweiz nennt, der christkatholischen Kirche in Basel etwas näher zu beleuchten.

Die Widersetzlichkeit deutscher Katholiken, worunter auch Bischöfe und Theologen, gegen das Unfehlbarkeitsdogma führte offenbar um 1871 auch Basler Katholiken dazu, ihrer angestammten Kirche den Rücken zu kehren. Eine erste Versammlung dieser kritischen Katholiken Ende 1872 wurde «bei Beginn von anwesenden Katholiken der infallibilistischen Richtung gestört» und musste vom Café Girard in die Safranzunft verlegt werden[53]. Es folgte zwei Wochen später ein Vortrag von Bischof Reinkens[54] aus Breslau in der Martinskirche, an welchem angeblich 1500 Männer und Frauen teilnahmen, «darunter Magistratspersonen, Geistliche und Lehrer in namhafter Zahl»[55]. Dies war, so der SVF vom 14. Dezember 1872, der «Moment, wo zum zweiten Mal der Bürgersinn anfängt, sich gegen die Anmassungen der römischen Götzen zu erheben».

Am 3. Januar 1872 wurde der Verein freisinniger Katholiken in Basel gegründet – im Namen kann man schon eine politische Komponente sehen. Weitere Vorträge folgten im März und April 1873. In der letzteren Versammlung sprach ein unbekannter Referent

(war es der spätere christkatholische Basler Pfarrer Watterich?) über «das Treiben des ultramontanen Klerus in der gegenwärtigen kirchlichen Bewegung. Wie haben sich die freisinnigen Katholiken demselben gegenüber zu benehmen?» Vermutlich war es dieser Anlass im grossen Saal zu Safran, wo der zwanzigjährige Ernst Feigenwinter so mannhaft das Wort ergriff und von den aufgebrachten Zuhörern aus dem Saal gestossen wurde – so berichten Otto Walter, Leo Hänggi und andere. Die Zeitungen erwähnen den Anlass nicht, denn zwei Tage später wurde er vom viel berühmteren «Tag von Arlesheim» überschattet, wo sich Feigenwinter übrigens wiederum als Störenfried profilierte. Es entbehrt deshalb nicht jeder Grundlage, wenn Stocker später behauptete, das BV sei «eigens zur Bekämpfung des Altkatholizismus» gegründet worden. Im Oktober 1873 konstituierte sich der Verein als freie altkatholische Gemeinde[56].

Im Dezember berichtete das BV über einen christkatholischen Gottesdienst, in welchem dem Grundsatz nachgelebt werde, «dass fortan kein Beichtzwang statthabe. Eine Bussandacht mit gemeinsamer Gewissenserforschung !! und gemeinsamer Lossprechung !! bildete darum den ersten Teil. Daran schloss sich die einfache, von deutschen Liedern begleitete Opferfeier». (Was hier mit Ausrufezeichen markiert wurde, ist heute in der römisch-katholischen Kirche der Schweiz selbstverständlich.)

An der Schärfe der Angriffe gemessen, schienen die Befürchtungen der Römisch-Katholischen vor einer Konkurrenz durch die neue Kirche doch recht gross. Deshalb interessiert hier die Frage nach der Zahlenstärke der Altkatholiken. Für 1873 werden 330 Männer angegeben, mit ihren Familienangehörigen 1200 Seelen. 1876 umfasste der Verein freisinniger Katholiken 520 Männer und 50 Frauen. 1877 zählte Pfarrer Watterich 546 Namen, 1895 wird die Zahl der Stimmberechtigten mit 572 angegeben[57]. Nach 1880 scheint also die Zahl der Gemeindeangehörigen konstant geblieben zu sein, vielleicht 2000–3000.

Die Regierung stellte 1874 den Altkatholiken die Martinskirche zur Verfügung, und 1877 konnte die renovierte Predigerkirche bezogen werden. Dort hat die Gemeinde heute immer noch ihr Zentrum. Politisch besass sie in der Person von Regierungsrat Philippi, einem Vorsteher der Gemeinde, Mitglied der Radikalen, einen Fürsprecher. Weitere Unterstützung bekamen die Altkatholiken durch die Redaktoren Stocker (BN) und Klein (SVF).

### *9. Wilhelm Klein (1825–1887)*

In besonderem Masse Zielscheibe der Angriffe des BV wurde Wilhelm Klein, der Führer der Basler Radikalen[58]. Klein, in Basel geboren und aufgewachsen, wurde Student der Mathematik. Er war 1847 Teilnehmer am Sonderbundskrieg. Er wurde später Lehrer, als 25jähriger Grossrat, 1861 Redaktor des SVF und 1863 Nationalrat. Für ihn als Radikalen mit Leib und Seele war der Ultramontanismus Hauptfeind des neuen Bundesstaates. «Für Klein blieb er es sein Leben lang. Als später Syllabus und Unfehlbarkeits-

erklärung dem modernen Staatsdenken entgegengestellt wurden, war das für Klein und viele seiner Gesinnungsfreunde nur eine weitere Bestätigung des schon immer Ausgesprochenen. Noch 1881 mahnte er darum in einer Rede, der Kulturkampf dürfe nicht aufgegeben werden.»[59] Die Spitze des Ultramontanismus waren für ihn aber die Jesuiten.

«Die Jesuiten hatten sich in aller Stille der Priesterbildung bemächtigt und ein freches, unduldsames, unsittliches, verlogenes und heuchlerisches Pfaffengeschlecht gepflanzt.» In diesem Geiste äusserte sich Klein 1873 in einer Artikelserie «Die Motion Butz»[60], welche seine Vorstellungen und Gedanken klar wiedergibt. Scharf wurden die Kirche, «dieses neugeschminkte und modern frisierte Stück Mittelalter», und der Papst, «der kindische Greis», angegriffen. Es folgten Attacken auf die Basler Katholiken. Basel sei bereits der Mittelpunkt und das Hauptquartier aller Ultramontanen auf zehn Stunden in der Umgebung, und, so fragt er rhetorisch, «wo aber wird Basel in einem Menschenalter stehen, wenn es die Ultramontanen in der katholischen Kirche und in einer besonderen Schule unumschränkt walten lässt?» Von ihm stammt vermutlich auch die schmeichelhafte Einschätzung von Pfarrer Jurt: «Der Mann im Hatstätterhof ist der mächtigste Mann von Basel; wenn der nur seine Stimme erhebt, so stehen zwanzigtausend Bewohner Basels hinter ihm.»[60a]

Klein, für den der unabhängige Staat das Mass aller Dinge war, forderte eine interkonfessionelle Kirchenordnung. Alle Kirchen sollten dem Staat gegenüber gleichgestellt werden. Der Staat sorge für die Bedürfnisse der Kirchen, die Priester würden Staatsdiener, vom Staate angestellt, entlassen und bezahlt und «haben sich wie die protestantischen Geistlichen an eine vom Staat zu erlassene Amtsordnung zu halten». Auch sei die katholische Schule keine Privatschule mehr, da sie bereits 11,5% (=757) aller Schülerinnen und Schüler umfasse und von intolerantem Geist getragen sei. Diese Waffe dem Gegner aus der Hand zu schlagen, sei «Pflicht der Selbsterhaltung».

Diese Artikel führten zu einer scharfen Erwiderung im BV vom 1. November 1873 mit dem bei Voltaire entliehenen Titel «Ecrasez l'Infame» («Zerschmettert die Abscheuliche» =Kirche). «Wir haben Sie längst verstanden, Herr Redaktor und Nationalrat, und danken Ihnen für die Offenheit.»

Die Angriffe Kleins werden bestimmt, aber nicht ohne Ironie zurückgewiesen. Die Erwiderung schliesst mit der Frage: «Herr Redaktor! Was verstehen Sie denn aber schliesslich unter Staat? Nicht wahr, nur sich selbst und Ihre zermalmende Partei, und dieser Ihr Staat will nicht herrschen, er will nur, was er nicht dienstbar machen kann, écraser!!!»

Klein war es auch, der schon 1867 eine Revision der Kantonsverfassung in Richtung auf eine radikale Demokratie anregte. Jedoch erst nach Annahme der Bundesverfassung durch das Schweizervolk (am 19. April 1874) hatten diese Bestrebungen auf kantonalem Boden Erfolg. Dank Bevölkerungszunahme und Einbürgerungen wurde am 9. Mai 1875 die neue Kantonsverfassung angenommen und damit die politischen Hauptpostulate des Radikalismus verwirklicht. Klein war massgeblich daran beteiligt. In dieser Verfassung

wurden die Evangelisch-Reformierte Kirche und die Christkatholische Kirche zu vom Staat unterstützten und beaufsichtigten «Landeskirchen». In der Folge konstituierte sich die Römisch-Katholische Gemeinde als Verein. Pfarrer Jurt wollte keinerlei staatliche Einmischung. Doch empfanden die Römisch-Katholiken diese Entwicklung als Zurücksetzung, welche später dazu beitrug, den Mythos vom Katakombendasein und von der Leidenszeit aufzubauen.

Schon im Juni 1875 wurde Klein zum Regierungsrat gewählt und Erziehungsdirektor. Er nahm sogleich die Schaffung eines neuen Schulgesetzes in Angriff. Neben der Unentgeltlichkeit erstrebte Klein einen gemeinsamen Unterricht von acht Schuljahren. Doch noch vor der Verwirklichung dieser Ideen erlitten die Radikalen 1878 eine Wahlschlappe. Es begann das sogenannte «Zwischenspiel» (bis 1881).

Die Katholiken konnten ihre Schadenfreude nur schlecht verbergen. «Letzten Samstag bewegte sich hier ein ‹das dankbare Volk Basels repräsentierender›, u.a. aus einigen hundert fackelschwingenden Packträgern, deutschen Gesellen und Buben bestehender Zug durch die Strassen der Stadt Basel, um dem ‹verdientesten Manne›, Herrn Exregierungsrat Klein, ...den Dank der Republik Basel abzustatten und um ihm die pechberäucherten Gesichter und petroleumdampfenden Herzen zu präsentieren.»[61] «Wie muss den ‹hohen› Redner die Anwesenheit so vieler kaum der Schule entlassenen Bürschchen ...gefreut und zu unentwegtem Losziehen gegen ‹Herrschsucht, Aristokratie und Kapital, Pietismus, Ultramontanismus... und Jesuiten› begeistert haben.» Und so weiter.

Doch die Freude des BV war nur von kurzer Dauer. 1881 wurde Klein von neuem Regierungsrat und blieb es bis zu seinem Tod, 1887. Er sollte den Katholiken noch viel Ungemach bereiten, besonders durch die Aufhebung der katholischen Schule.

## *10. Der Katholikenverein 1874–1883*

Über das Jahr 1874 gibt es von der Tätigkeit des KV wenig zu berichten, da das Protokollbuch beträchtliche Lücken aufweist. Auf die Präsidenten Dr. A. Siegrist und J. Thierry-Roux (1839–1926, Vorsteher der RKG und Mitbegründer des BV) folgte 1875 *Peter Leuthardt* (bis 1878). Während eines Jahres war darauf der Fabrikdirektor *Rudolf Ternetz* Präsident, doch schon 1879 übernahm Leuthardt wieder das Präsidium (bis 1884).

1873 und offenbar schon vorher hatte sich der KV für die Grossratswahlen den Konservativen angeschlossen. Darüber berichtete der SVF am 15. März 1873: «Möglich, dass sich auch dieses Jahr wieder ein Komitee der päpstlichen Unfehlbaren auftut. Ohnmächtig für sich allein und nirgends einen Alliierten findend, werden sie sich willenlos der Gruppe der protestantischen Unfehlbaren anschliessen und deren Niederlage teilen.»

1875 ging das «Ratsherrenregiment» zu Ende, verloren die Zünfte ihre politische Bedeutung, wurden Grosser Rat und Regierungsrat nach neuer Formel gewählt (der Regierungsrat bis 1889 noch durch den Grossen Rat). Der KV beteiligte sich mit Vor-

Der Hatstätterhof am Lindenberg war das Pfarrhaus von St. Clara. Ernst Feigenwinter wurde unterstellt, er sei «Knecht des Hatstätterhofes, der im Pfarrhof seine Instruktionen hole».

schlägen an den Wahlen. Vorgeschlagen wurden aber ausschliesslich Konservative, welche gegenüber den Katholiken eine gewisse Toleranz an den Tag legten. Eigene Leute wurden keine vorgeschlagen; ein entsprechender Antrag von Präsident Ternetz wurde auf Antrag der Kommission abgeblockt. Die Katholiken wollten keine eigenen Vertreter im neuen Grossen Rat. Über die Gründe kann man nur rätseln. Berührungsängste? Mangelndes Selbstvertrauen? Strikte Abschottung gegen den protestantischen und radikalen Stadtstaat? Wie dem auch sei, man fühlte sich als bedrängte Minderheit. Thierry rief an der Jahresversammlung jedenfalls zum Zusammenhalten auf «bei der gegenwärtigen Verfolgung unserer hl. Religion»[62]. Bezeichnenderweise referierte Oberlehrer Nonnenmacher über Irland, wie später Abbé Joye. Die Iren befanden sich anscheinend in einer parallelen Situation wie die Basler Katholiken, mit ihnen konnte man sich identifizieren[63].

Im gleichen Herbst 1875 fanden die Nationalratswahlen statt. Präsident Leuthardt wandte sich nachdrücklich gegen W. Klein, dem «kein rechter Katholik, nach einem

Artikel im Volksfreunde, ...die Stimme geben dürfe». In diesem Artikel[64] griff Klein in gewohnter Manier die Ultramontanen an und nannte sie «vaterlandslose Clique», «römische Maulwürfe» und «elende Lügenbrut». Nationale Mission heisse «Freiheit von römischer Knechtschaft». Der neue Bundesstaat brauche Männer, «die entschiedene Feinde des Ultramontanismus sind».

Im neuen Jahr beschäftigte sich der KV mit der Besprechung der Statuten der RKG und den Vorsteherwahlen, was die enge Verbindung der beiden Körperschaften bestätigt. Auch bei den Vorbereitungen zu einer «Pius-Feier» im Juni 1876 – Pius IX. war dreissig Jahre Papst – sowie einer derartigen Feier ein Jahr später – Pius feierte nun sein 50jähriges Bischofsjubiläum – war der KV massgeblich beteiligt. Die Feier dieser und anderer Jubiläen der kirchlichen Hierarchie wurde damals gross geschrieben. Nach Altermatt[65] war der Triumphalismus des Papstkultes «Ausdruck der katholischen Defensive und Renaissance zugleich». «In einem gewissen Sinne war der Papst in Rom – nach dem Verlust des Kirchenstaates oft als Gefangener in Rom bezeichnet – eine Art Symbolgestalt für die Diasporasituation des Katholizismus in der modernen Gesellschaft.»

Diese Feiern fanden, mit Reden im Mittelpunkt, umrahmt von Gesangs- und Musikvorträgen, meist in der Burgvogtei statt. Jene von 1876 hatte 1300 Teilnehmer!

Heftig wehrte man sich gegen die falsche Bezeichnung «Katholische Landeskirche». Damit war nämlich die altkatholische Gemeinde gemeint, und man fand es empörend, dass Neuankömmlinge offenbar gefragt wurden, ob sie der Kath. Landeskirche angehören wollten, was die Neulinge nichtsahnend bejahten. Der KV verfasste nun eine entsprechende Erklärung und sandte sie an Zeitungen des In- und Auslandes.

1878 fanden wieder kantonale Wahlen statt. Der Wahlvorschlag des KV enthielt weitgehend Namen von konservativen oder gemässigten Männern, von denen aber keiner katholisch war. Im BV vom 27. April 1878 wurde dieser Vorschlag folgendermassen begründet: «Der KV hat in seiner Versammlung vom 16. April nach eingehender, gründlicher Erörterung einstimmig beschlossen, für die bevorstehenden Grossratswahlen keine eigenen katholischen Kandidaten aufzustellen, desto entschiedener aber für solche Männer einzustehen, deren Ehrenhaftigkeit Bürgschaft leistet, dass sie ohne Parteileidenschaft allseits nur das allgemeine Wohl im Auge behalten, und deren Gerechtigkeitssinn erwarten lässt, dass sie niemals eine den Interessen unserer katholischen Gemeinde entschieden gegnerische Stellung einnehmen werden.» Überraschenderweise erlitten die Radikalen eine Niederlage, Klein wurde abgewählt, das konservative «Zwischenspiel» begann.

Im Jahre 1879 kam es zu einem Presseprozess gegen das BV. Anlass dazu waren Angriffe gegen die Altkatholiken, wie sie im BV beinahe täglich vorkamen. «In der altkatholischen Kirche werden nun jeden Sonntag Konzerte gegeben. Jedenfalls ist das das Vernünftigste, was die Herren Altkatholiken in der Kirche tun können», hiess es im BV vom 29. November 1879. Kurz darauf war die Rede vom «alkoholischen» (statt altkatholischen) Pfarrer, und Bischof Herzog wurde «Schauspieler» genannt. Das führte zur Verurteilung Peter Leuthardts und eines Journalisten.

Im folgenden Jahr richtete die RKG ein Gesuch an den Regierungsrat um Überlassung der Barfüsserkirche. Tatsächlich war die Gemeinde unaufhaltsam angewachsen. Sie zählte etwa 15 000 Mitglieder. Allein die katholische Schule besuchten rund 1000 Schülerinnen und Schüler[66]. «Unsere einzige Kirche füllt sich jeden Sonntag fünf- bis sechsmal, und obschon dicht gedrängt, findet die Menge doch keinen Platz. In der Mitte der Stadt steht eine Kirche, leer und verwüstet; wir richten die höfliche Bitte an die hohe Regierung, uns diese Kirche gegen einen mässigen Mietzins zu überlassen, werden aber schnöde, ja sozusagen barsch und schroff abgewiesen.»[67] Man dachte schon an die Gründung eines Kirchenbauvereins. Aber soweit war es noch nicht. Eine Petition betreffend Überlassung der Barfüsserkirche von Ende 1880 wurde am 19. März 1881 vom Grossen Rat an die Regierung überwiesen. Doch es standen wiederum Wahlen vor der Tür, und die Radikalen nutzten die Chance, gegen die Katholiken und die ihnen offenbar wohlgesinnten Konservativen Stimmung zu machen, weidlich aus. Entsprechend gross waren die Befürchtungen im KV. Wiederum verzichtete er auf die Aufstellung eigener Kandidaten. «Es steht vieles für uns auf dem Spiele! Ein Sieg der radikalen Partei würde Aufhebung des Beschlusses betreffend die Barfüsserkirche, würde Beseitigung der konservativen Regierung bedeuten. Die Folge davon wäre ein einseitiges, radikales Parteiregiment statt einer wohlwollenden, gerechten Regierung; wäre konfessioneller Zank und Unterdrückung unserer Gemeinde.» «Die Schlacht ist aus!» kommentierte das BV den Wahlausgang[68]. «Geschlagen sind die Konservativen auf der ganzen Linie.» Eine grosse Rolle habe dabei die Barfüsserkirche gespielt: «…das konfessionelle Gespenst wurde heraufbeschworen, und wir haben die volle Überzeugung, dass viele von solchen, welche bei protestantischen Kirchenwahlen mit den Orthodoxen gingen, dieses Mal mit den Radikalen stimmten, nur um das Andenken ihrer Väter nicht zu verunglimpfen…». In der Stadt lebten etwa 1200 stimmberechtigte Katholiken, von denen etwa ein Drittel radikal seien. Die übrigen 800 hätten ihre Pflicht getan – aber bei der grossen Wahlbeteiligung von etwa 80% hätten sie eben keine grosse Rolle gespielt.

Der neue Grosse Rat verweigerte in der Folge den Katholiken die Barfüsserkirche; diese wäre um ein Haar abgerissen worden, um einem Schulhaus Platz zu machen…

Trotz dieser Enttäuschung dachte man aber noch nicht daran, den KV als politischen Kern zu benutzen. Weiterhin hängte man sich an die Konservativen. «Ein überzeugungstreuer Katholik ist von Hause aus konservativ… Liberale oder radikale Katholiken sind Abnormitäten, krankhafte Auswüchse am gesunden Baum der katholischen Kirche.»[69] Und das dringend notwendige Gotteshaus? Sein Bau wurde nicht etwa als Reaktion auf die Aufhebung der katholischen Schule beschlossen, sondern schon im Frühjahr 1882, und zwar von der Vorsteherschaft der RKG, was im KV begeisterte Zustimmung fand[70]. Grundstock für diesen Kirchenbau bildete ein Legat von 40 000 Franken von Emilie Linder[71]. Allerdings billigten nicht alle Katholiken den Kurs der RKG und des KV gegenüber dem Staat, einen Kurs, den Pfarrer Jurt, wenn man Gregor Stächelin glauben will[72], in einer Predigt einmal so formuliert hat: «Wir wollen Knechte bleiben und dienen und froh sein, wenn man uns in Ruhe lässt.» Stächelin erzählt in sei-

# FEIER

des

## fünfzigjährigen Bischofsjubiläums Sr. Heiligkeit P. LEO XIII.

zugleich

## 25jähriges Stiftungsfest des Katholiken-Vereins Basel.

**Sonntag, den 16. April 1893, Abends 7 Uhr in der BURGVOGTEIHALLE.**

## A. PROGRAMM:

### I.

1. **Grosser Festmarsch** von Wieprecht, vorgetragen von der . . . . *Basler Jägermusik.*
2. **Eröffnungswort.**
3. **Papst Leo-Lied** von Billigmann, vorgetragen vom . . . . . *Grossbasler Kirchengesangchor.*
4. **Rede des hochw. Herrn Pfarrers B. Jurt.**
5. **Ouverture** von Suppé, vorgetragen von der . . . . . *Basler Jägermusik.*
6. **„An mein Vaterland"** von W. Baumgartner, vorgetragen vom . . *Cäcilienverein Kleinbasel.*
7. **„Die Streiter des hl. Vaters"**, Drama von Monsig. Dr. de Waal.

PERSONEN:

| | |
|---|---|
| Rudolf, Zuavenlieutenant | Marketender |
| Wilhelm, Zuave | 2 Soldaten der Ambulanz |
| Heinrich, Carabiniere | Vincenzo } piemont. Soldaten |
| Feldpater | Pepino } piemont. Soldaten |

Soldaten und Volk.

### II.

8. **„Die Himmel erzählen"**, Chor aus d. Schöpfung v. Haydn, vorgetr. v. *Grossbasler Kirchengesangchor.*
9. **Rede des Hrn. Dr. E. Feigenwinter.**
10. **„Die Sturmbeschwörung"**, Lied von J. Dürrner, vorgetragen vom . *Cäcilienverein Kleinbasel.*
11. **Introduction und Polonaise** von Christophe, vorgetragen von der . . *Basler Jägermusik.*
12. **Lebende Bilder mit Prolog und Gesang:**
    a) Joachim Pecci predigt als junger Priester den Hirten seiner Geburtsstadt Carpineto;
    b) Der Bischof Pecci speist die Armen von Perugia;
    c) Der Cardinal Pecci wird bei der Einnahme von Perugia durch die Piemontesen von einem Soldaten mit dem Tode bedroht;
    d) Papst Leo XIII.

    *(Den Gesang bei den lebenden Bildern besorgt der Cäcilienverein Kleinbasel.)*
13. **Leo-Hymne.** Allgemeiner Volksgesang mit Musikbegleitung. (Mel.: „Rufst du mein Vaterland".)

**Kassaeröffnung 6 Uhr. Eintritt 60 Cts. Programm mit Text 10 Cts.**

5287

**NB.** **Eintrittskarten** nebst **Programm** können bezogen werden bei: Hrn. **Oberlin**, Barfüsserplatz 14; Hrn. **Völlmy & Meyer**, Aeschenvorstadt 64; Hrn. **Hedinger-Benz**, Spalenvorstadt 12; Hrn. **Stehlin-Pfister**, Greifengasse 40; Hrn. **Zimmermann-Jurt**, Unt. Rebgasse 21, sowie am **Festabend an der Kasse**.

Programm der Leofeier von 1893. Laut diesem Programm wäre der Katholikenverein schon 1868 gegründet worden.

nem Lebensbericht weiter: «Dieser Standpunkt passte nun allerdings den jüngeren, unternehmenderen Gemeindegliedern nicht; diese glaubten, man müsse wenigstens einen Ausgleich mit dem Staat anstreben... Zum Zwecke der Anstrebung einer solchen Vereinbarung gründete sich nun unter den unternehmenderen Katholiken der Verein ‹Roma›, dem auch ich beitrat... Die Bestrebungen der ‹Roma› wurden... von einer Anzahl einflussreicher Katholiken als religionsfeindlich hingestellt. Aus diesen Gründen konnte der Verein keine erfolgreiche Wirksamkeit entfalten.» Über die Ziele von ‹Roma› gibt der SVF vom 30. Mai 1883 Auskunft: Schon 1882 habe das Defizit der RKG 36000 Franken betragen, und nun habe man einen zu teuren Bauplatz für die neue Kirche erworben. Der Pfarrer verfüge autokratisch über die Finanzen. Als Gegenmittel sehe ‹Roma› eine Verständigung mit dem Staat, aber «von dem Staate wolle er (Jurt, M.) nun einmal nichts wissen, lieber als von demselben eine Kirche anzunehmen, wolle er selber eine solche bauen».

Die Gefahr einer Spaltung innerhalb der RKG lag schon 1882 in der Luft. In der Monatsversammlung des KV warnte Pfarrer Jurt vor einer gewissen «organisationslustigen Bewegung»[73]. Aber die offizielle Stellungnahme des KV erfolgte erst als Antwort auf den Artikel im SVF; nach einem Referat von Ernst Feigenwinter an der Jahresversammlung 1883 (am 31. Mai, einen Tag später) wurde eine Resolution beschlossen, in welcher vor den Bestrebungen des Vereins ‹Roma› gewarnt wurde, die die Gemeinde beunruhigen, den Frieden gefährden und zu unkatholischen Manifestationen Veranlassung bieten könnten. Bald darauf scheint ‹Roma› wieder verschwunden zu sein.

Es war übrigens nicht das erstemal, dass Feigenwinter als Votant oder Referent im KV auftauchte. Zum erstenmal sprach er vermutlich am 19. Oktober 1880, und zwar über die Bundesrevision. Auf sein Referat hin trat der KV im September 1881 der Konservativen Union, einem katholischen Pendant zum reformierten konservativen Eidgenössischen Verein, bei[74].

Unterdessen hatte sich eine weitere Bedrohung der RKG abgezeichnet. Vielen Radikalen passte nämlich die Einrichtung einer katholischen Schule überhaupt nicht ins ideologische Konzept. Das zeigte sich schon anlässlich der eidgenössischen Abstimmung über den ‹Schulvogt›, eine Gesetzesvorlage, welche das BV als speziell gegen die Schule am Lindenberg gerichtet interpretierte. Tatsächlich drohte Regierungsrat Klein in seiner Rede an der St. Jakobsfeier 1882, man werde der katholischen Schule ein Ende machen, auch wenn das eidgenössische Projekt verworfen werden sollte[74a]. Es wurde in der Tat bachab geschickt. «Der Sieg ist unser!» verkündete das BV am 28. November 1882.

### *11. Die Aufhebung der katholischen Schule 1884*

«Sturm in Sicht» titelte das BV schon am 26. September 1882, nach einem Antrag im Erziehungsrat betreffend die Aufhebung der Katholischen Schule. «Die ganze katholi-

sche Gemeinde... wird ein Gefühl bitteren Schmerzes durchzucken, wenn diese Nachricht bekannt wird... Die Kriegserklärung gegen die katholische Schule ist da!» Bis dato sei der Kulturkampf in Basel fast unbemerkt vorübergegangen. Das könnte sich jetzt bald ändern, und wenn der Angriff des Bundes auch siegreich abgeschlagen werde, so könne der Kampf auf kantonalem Boden um so heftiger werden. Allerdings rechne man mit der Toleranz der Basler Bevölkerung.

Warum gerade eine katholische Privatschule Ziel der radikalen Angriffe sein sollte, wurde – im Zusammenhang mit dem drohenden ‹Schulvogt› – den Lesern des BV schon am 15. Juli 1882 erläutert: Die radikale Schule sei mit einer Mühle zu vergleichen, «in welche die Kinder als christlicher Kern eingelassen werden, um als radikaler, atheistischer Brei daraus zu kommen».

Es ist hier nicht der Ort, die Vorgänge um die Aufhebung der katholischen Schule in allen Einzelheiten zu schildern. Dies hat bereits Alois Kocher in seinem Aufsatz «Die katholische Schule zu Basel von den Anfängen bis zur Aufhebung 1884»[75] getan. Auch bei Leo Hänggi ist der Kampf um die katholische Schule, wenn auch nicht immer detailgetreu, aufgezeichnet.

Die katholische Schule war zweifellos nicht nur den Radikalen, sondern auch vielen nicht streng konservativen Protestanten ein Dorn im Auge, obwohl sie dem Staat viele Ausgaben ersparte. Sie zählte 1882 736 Schüler und 756 Schülerinnen (1880 noch 675 Knaben und 610 Mädchen), von denen etwa die Hälfte aus dem Ausland, meist wohl aus Baden, stammten[76]. Die Schule, die in den Gebäuden am Lindenberg und an der Hammerstrasse untergebracht war, war Pfarrer Jurt unterstellt, der sich ganz mit ihr identifizierte. Den Unterricht erteilten Schulbrüder der Societas Mariae (Marianisten) aus dem Elsass und Schwestern de la Providence aus Portieux/Vogesen, die späteren «Lindenbergschwestern». Ihre Ausbildung war auf Französisch erfolgt, und nicht alle beherrschten das Deutsche einwandfrei[77]. Die unbemittelte katholische Gemeinde vermochte nämlich keine Laienlehrer und -lehrerinnen zu bezahlen. Und genau hier war das Brecheisen, mit dessen Hilfe die katholische Schule aus dem staatlichen Gebäude entfernt werden sollte. Zwar genehmigte der Regierungsrat scheinbar ein Gesuch der RKG um Anerkennung der Schule, verlangte aber Lehrer mit staatlichem Fähigkeitsausweis. Tatsächlich wies die Schule Mängel auf: Die hygienischen Verhältnisse liessen zu wünschen übrig, die Klassen waren zu gross, die Lehrmethoden oft veraltet. So äusserte sich eine ehemalige Schülerin in den BN vom 15. Februar 1884, der Unterricht sei oberflächlich und bestehe aus viel Auswendiglernen, die Strafen seien erniedrigend, z.B. «mit ausgespannten Armen am Boden knieend beten», die Schwestern seien parteiisch, die Schülerinnen würden «nach Ansehen der Eltern» behandelt; einzig der Französischunterricht kam gut weg.

Gegen den Regierungsratsentscheid rekurrierte die RKG an den Grossen Rat. Dessen Petitionskommission sprach sich über die Schule günstig aus. Doch die viertägige (!) Debatte im Grossen Rat ergab ein anderes Resultat. Mit 66 gegen 50 Stimmen wurde der Minderheitsantrag der Petitionskommission, es seien den Mitgliedern geistlicher Orden

und Kongregationen die Leitung und Tätigkeit an hiesigen Schulen zu untersagen, angenommen. Für das Verbot sprach sich namentlich auch der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Regierungspräsident J.J. Burckhardt aus, den sein Kollege Paul Speiser den «Hauptkulturkämpfer» in Basel nennt und folgendermassen beurteilt: J.J. Burckhardt «war ein radikaler Doktrinär von grösster Rücksichtslosigkeit ohne jede Originalität und darum auch ohne Sinn für die Ansichten und Überzeugungen anderer, dabei schrecklich eigensinnig»[78]. Die ganze Debatte wurde im BV vom 31. Januar bis 9. Februar 1884 ausführlich wiedergegeben.

Das letzte Wort in dieser wichtigen Frage sollte aber das Volk haben. Der Grossratsbeschluss wurde dem obligatorischen Referendum unterstellt und die Abstimmung auf den 24. Februar 1884 festgesetzt.

Bis zu diesem Datum erschienen in den Tageszeitungen viele Artikel und Einsendungen, die für (BV, ASZ) und gegen (BN, SVF) die Schule Stellung bezogen und dabei in ihrer Ausdrucksweise nicht gerade wählerisch waren. So brachte der SVF in Fettdruck einen Aufruf: «...verlangen wir, dass die römisch-katholische Schule frei werde von pfäffischem Einfluss, und dass die unversöhnliche Papstpolitik, welche das Basler Volk vor Jahrhunderten mit schweren Opfern glücklich den Bach ab geschickt, nicht durch eine Hintertür wieder in unsere Stadt einschleiche zur Knechtung der Gewissen und zur Störung des konfessionellen Friedens»[79]. Noch schärfer und demagogischer drückte sich ein Redner an der Volksversammlung der Radikalen aus: «Wenn am nächsten Sonntag die Schwarzröcke siegen, dann, stolzes Basel, übergib die Schlüssel der Stadt dem Statthalter Petri und küsse seinen Pantoffel!»[80]

In der Volksabstimmung, bei einer Beteiligung von über 80%, bestätigten die Bürger das Verdikt des Grossen Rates mit 4479 Ja gegen 2910 Nein – immerhin etwa 2000 Protestanten stimmten für die Beibehaltung der Schule.

In seinem Abstimmungskommentar dankte ihnen der damalige Redaktor des BV und Vorkämpfer der Basler Katholiken, Ernst Feigenwinter, für ihren Sinn für Recht und Gerechtigkeit und entwarf kühne Zukunftspläne: «...wer weiss, ob nicht auf dem gestrigen Schlachtfelde das Samenkorn für eine grosse schweizerische, aus konservativen Protestanten und Katholiken zusammengesetzte Volkspartei gelegt wurde»[81].

Ein Rekurs beim Bundesrat wurde abgelehnt, und am 23. September erschien das BV mit dickem, schwarzem Trauerrand und dem Titel «Am Grabe der katholischen Schule». Er galt dem Abschied von der Lehrerschaft.

Was waren die Folgen dieser «letzten der grossen Kulturkampfdebatten in der Schweiz»[82]? Auf jeden Fall nicht der Beschluss, eine neue Kirche zu bauen (wie Hänggi, S. 27, meint) – dieser Beschluss war schon längst gefasst worden. Am 9. Februar wurde lediglich die Bauausschreibung publiziert. Hingegen wurden jetzt beträchtliche finanzielle Mittel frei, die zum Bau der notwendigen Kirchen eingesetzt werden konnten.

Ferner erkannten nun die Katholiken, dass die Epoche des unbedingten Vertrauens auf die konservativen Kräfte Basels endgültig vorüber war. Allerdings war die Zeit für

eine eigene Vertretung im Grossen Rat noch längst nicht reif. Dazu brauchte es, wie das BV schon am 13. März 1883 bemerkt hatte, eine Wahlreform. Das Zauberwort hiess «Proporz». Es sollte aber noch über zwanzig Jahre dauern, bis sich diese Bestrebungen durchsetzen konnten.

Als wichtigste Folge aber sehen wir die durch die Abstimmungsniederlage erzwungene Assimilation: Katholische Schüler und Schülerinnen bekamen nun Gelegenheit, ihre andersgläubigen, gleichaltrigen Mitschüler aus der Nähe kennen und verstehen zu lernen. Sie mussten mit ihnen nicht nur lernen, sondern auch leben – eine wichtige Voraussetzung zur Toleranz. Insofern bildete der Entscheid vom 24. Februar 1884 einen bedeutenden Markstein auf dem Weg zur Integration der Katholiken. Anderseits sahen auch die Protestanten ihre katholischen Mitchristen mit der Zeit anders als durch die durch den Kulturkampf gefärbte Brille. Auf jeden Fall bestätigten sich die katholischerseits gehegten Befürchtungen nicht, die Kinder würden zu einem «radikalen, atheistischen Brei» zermahlen. Zwar wurden viele Katholiken Parteigänger der Radikalen oder der Sozialisten – wie schon vor der Aufhebung der katholischen Schule –, andere wiederum blieben aber nicht nur konfessionell, sondern auch parteipolitisch katholisch.